

1 Für eine gerechte Steuerpolitik

2

3 Antragssteller: OV Ehrenfeld

4 Weiterleitung an: Landesparteitag, Bundesparteitag, Programmkommission

5 Bundeswahlprogramm

6

7 Arbeit, Anstrengung und Fleiß lohnen sich für viele Menschen in Deutschland nicht mehr.
8 Schulerfolg und Bildungslaufbahn hängen mehr als sonst irgendwo in Europa vom
9 Einkommen der Eltern ab. Trotz guter Ausbildung oder Studium finden immer weniger einen
10 sicheren und angemessen bezahlten Einstieg in den Beruf. Insbesondere Familien und vor
11 allem Alleinerziehende sind von Armut bedroht und die Zahl der Wohnungslosen nimmt in
12 letzter Zeit auch wegen deutlich steigender Mieten stark zu. Die Kommunen verfügen nicht
13 über die ausreichenden Mittel um die kulturellen und sozialen Daseinsvorsorge aufrecht zu
14 erhalten und in die Infrastruktur vor Ort zu investieren. Mit dem Mindestlohn, der Rente mit
15 63 und der Regulierung von Leih- und Zeitarbeit haben wir in der aktuellen Legislaturperiode
16 wichtige Schritte unternommen, um den sozialen Zusammenhalt in Deutschland wieder
17 herzustellen. Klar ist aber auch, dass für zusätzliche Investitionen in Bildung, Infrastruktur
18 und Wohnungsbau mehr Geld in die Hand genommen werden muss. Deshalb setzen wir uns
19 für eine gerechte Steuerpolitik mit folgenden Kernpunkten ein:

20

21 1. Eigentum verpflichtet. Die großen Vermögen in Deutschland müssen endlich wieder
22 an der Finanzierung des Sozialstaats beteiligt werden. Deshalb setzen wir uns für die
23 Wiedereinführung der **Vermögenssteuer** für besonders große Vermögen in Form
24 einer direkten Substanzbesteuerung oder zusätzlichen Ertragsbesteuerung ein.

25

26 2. Reichtum wird in Deutschland vererbt und nicht durch Leistung erworben. Wir wollen,
27 dass auch der Staat durch den diese Vermögen entstehen konnten durch eine
28 angemessene **Erbschaftssteuer** an großen Erbschaften partizipiert.
29 Ausnahmeregelungen für Unternehmer die Arbeitsplätze erhalten lehnen wir ab und
30 setzen uns stattdessen für eine stille Beteiligung des Staates an vererbten
31 Unternehmen ein, die durch die Erben wieder erworben und erst nach einigen Jahren
32 durch den Staat veräußert an Dritte werden können.

33

34 3. Das **Ehegattensplitting** zementiert die ungleiche Verteilung von Erwerbs- und
35 Familienarbeit zwischen Frauen und Männern und unterstützt vor allem kinderlose
36 Ehen, nicht aber Alleinerziehende, eingetragene Lebenspartnerschaften oder
37 zusammenlebende Eltern. An Stelle des Ehegattensplittings soll als

38 verfassungskonforme Lösung eine Individualbesteuerung der Partner mit einem
39 zweiten übertragbaren Grundfreibetrag treten.

40

41 4. Die Progression des Einkommenssteuertarifs endet bereits bei rund 53.000 Euro
42 Jahreseinkommen und belastet damit mittlere Familieneinkommen in gleichem Maße
43 wie Dax-Vorstände. Die **Reichensteuer** entfaltet mit 3%-Punkten ab 250.000 Euro
44 Jahreseinkommen kaum Wirkung. Wir wollen hohe Einkommen stärker zur
45 Finanzierung des Sozialstaats heranziehen und daher die Reichensteuer deutlich
46 anheben.

47

48 5. Eine Versteuerung von Kapitalerträgen im Rahmen der Einkommenssteuer statt
49 durch die bisherige pauschale **Kapitalertragssteuer**, um auch hier hohe Einkommen
50 wieder stärker in die Verantwortung zu nehmen.

51

52 6. Die Einführung einer europäischen **Börsenumsatzsteuer** nach dem Ausscheiden
53 von Großbritannien aus der EU.

54

55 Mit dieser Steuerpolitik und den damit möglichen Investitionen in den Sozialstaat schaffen
56 wir die Grundlage für nachhaltiges Wachstum und Gerechtigkeit. Es gibt klare Prioritäten, die
57 den aufgezeigten wirtschaftspolitischen Zielen und finanziellen Handlungsspielräumen im
58 Rahmen unseres Steuer- und Finanzkonzeptes folgen: An erster Stelle stehen Investitionen
59 in Bildung und die Stärkung der sozialen und kulturellen Handlungsfähigkeit unserer Städte
60 und Gemeinden. Wichtig sind auch die Stärkung der Binnennachfrage durch eine gerechtere
61 Lohn- und Einkommensentwicklung sowie die Investitionen in Forschung und Entwicklung,
62 Infrastruktur und Energiewende.